

Sonntag, 2. März, 07:00

Sozialproteste in Bosnien-Herzegowina

Gehversuche in Basisdemokratie

Auslandnachrichten Sonntag, 2. März, 07:00



Die Proteste gegen Bosniens Regierung haben vor drei Wochen in Tuzla ihren Anfang genommen (links). Inzwischen macht die Bevölkerung ihrer Wut über die wirtschaftliche Misere in mehreren Städten Luft. (Bild: AP / Reuters)

Seit drei Wochen wird in bosnischen Städten gegen die wirtschaftliche Not und das Versagen der Politik protestiert. Schauplatz des Unmuts sind dabei zusehends seltener Strassen als vielmehr Bürgerversammlungen.

Thomas Fuster, Sarajevo/Tuzla

Geschäftsleute, Bettler, Pensionäre, Studenten, Veteranen: Es ist eine bunte Gruppe, die sich diesen Nachmittag in Sarajevo auf einer Kreuzung der Marschall-Tito-Strasse, in Steinwurfweite zum Gebäude des Staatspräsidiums, zum Protest versammelt hat. Am Mittag traf man sich, kurz nach 17 Uhr zieht man weiter in ein Kulturzentrum, wo im «Plenum» – so das neue Zauberwort in Bosnien – basisdemokratisch über Anliegen debattiert wird. Das Prozedere wiederholt sich täglich. Sieht man von den lauten Trillerpfeifen und aggressiven Rap-Beats ab, mutet die Atmosphäre ruhig an. Dazu passen auch die vier Aktivistinnen, die mitten auf der Kreuzung auf einer Decke sitzen und einen Schal stricken. Die Sicherheitskräfte, die sich um die rund 400 Demonstranten aufstellen, haben jedenfalls keinen Grund zum Eingreifen.

Ein noch junger Frühling

Einigen Grund, zumindest in sich zu gehen, haben Bosniens Politiker. Sie werden auf den Transparenten als Gauner, Diebe, Mafiosi beschimpft. Den amtierenden Politikern traut hier niemand zu, an der wirtschaftlichen Misere etwas zu ändern. Angeklagt werden dabei nicht einzelne Repräsentanten oder Parteien; der Unmut richtet sich gegen die ganze politische Elite. Diese habe, so der Vorwurf einer Studentin, jeden Realitätsbezug verloren und sich komfortabel in eine Parallelwelt voller Privilegien zurückgezogen. «Europa, wir sind diejenigen, mit denen ihr sprechen solltet», steht auf einem Banner – ein Appell, bei Bemühungen zur Reform Bosniens nicht länger, wie von Brüssel seit Jahren erfolglos praktiziert, auf den Dialog mit den sieben grössten – und völlig zerstrittenen – Parteien zu setzen.



Der «bosnische Frühling», wie die Bewegung mitunter erwartungsvoll betitelt wird, ist noch jung. Erste Knospen sprangen erst vor drei Wochen auf, weit weg von Sarajevo, in der früheren Industriestadt Tuzla. Ehemalige Fabrikarbeiter, die zuvor während Monaten mit wenig Echo gegen «kriminelle Privatisierungen» ihrer Werkhallen demonstriert hatten, sahen sich in ihrer Wut plötzlich nicht mehr allein: Über soziale Netzwerke hatten sich fast über Nacht weitere unzufriedene Bürger mit den Fabrikarbeitern solidarisiert, und eines Tages stand vor dem kantonalen Regierungsgebäude nicht mehr nur ein verloren wirkendes Grüppchen, sondern eine laut skandierende Schar mehrerer tausend Wutbürger. Der Protest erhielt eine kritische Masse, gewann nationale Beachtung und breitete sich in Windeseile in andere Städte aus.

Als in Tuzla erste Regierungsgebäude brannten, standen bald auch öffentliche Gebäude in Sarajevo in Flammen. Was folgte, war eine kurze Phase grenzenloser Verwirrung: Diverse Gerüchte machten die Runde. Führende Politiker hätten Hals über Kopf das Land verlassen, der Flughafen sei überfüllt mit Ausreisenden, und der muslimisch-kroatisch dominierte Landesteil – die sogenannte Föderation – bereite einen Angriff vor auf die serbische Entität, die Republika Srpska. Mit der Wahrheit hatte all dies zwar nichts zu tun. Viele Medien gaben die Spekulationen indes unreflektiert weiter und spitzten sie mit knackigen Titeln noch zu. Die Atmosphäre sei unheimlich gewesen, meint eine lokale Journalistin, die ihrer Zunft ein schlechtes Zeugnis ausstellt; plötzlich sei wieder über Krieg gesprochen worden.

Miserable Wirtschaftslage

Die gewalttätigen Eruptionen von Anfang Februar erscheinen heute wie ein Spuk, wobei die Meinungen geteilt bleiben, ob die Eskalation spontan erfolgte oder organisiert durch unbekanntes Hintermänner. Kein Spuk sind die seither täglich sich wiederholenden Demonstrationen. «Die desaströse sozioökonomische Lage sorgt dafür, dass die Proteste weitergehen», sagt Srecko Latal von Social Overview Service, einem unabhängigen Think-Tank. Die Bruchlinie erfolgt im Vielvölkerstaat für einmal nicht entlang ethnischer Grenzen. Der gewichtigste Grund für die Proteste ist vielmehr der immer tiefer werdende Graben zwischen den wirtschaftlich Marginalisierten und der privilegierten Klasse von Politikern, deren Löhne und Sondervergütungen das darbenende Volk zum Kochen bringen.

Die territoriale Aufteilung Bosniens

Nach Dayton, November 1995



«Das Vertrauen in die Politik liegt am Boden», bilanziert Latal. Eine Umfrage im Herbst kam zum Ergebnis, dass nur elf Prozent der Bevölkerung den Politikern trauen. Dieser Tage dürfte die Quote noch tiefer liegen. Denn die Politiker scheinen die Botschaft der Strasse auch nach Wochen noch nicht begriffen zu haben. Sie versuchen, dem Unmut der

Bevölkerung einen ethnischen Dreh zu geben. Die Proteste seien ein Angriff der gegnerischen Ethnie auf die eigene Volksgruppe, heisst es etwa. Besonders sichtbar sind solche Reflexe im serbischen Landesteil, wo die politische Führung rund um Präsident Milorad Dodik die Medien an kurzer Leine hält. In der Föderation schieben sich derweil die bosnjakischen (muslimischen) Parteien gegenseitig die Schuld am Unmut zu – auch dies kein Novum.

Trotz einer Arbeitslosenrate von 40 Prozent und der Tatsache, dass rund ein Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, sind bei den etablierten Parteien keine Zeichen der Selbstkritik erkennbar. Die politische Elite scheint sich in der Tat in einer Parallelwelt zu bewegen, weit weg von den Sorgen der Bevölkerung und vorab darauf bedacht, den für sie vorteilhaften Status quo zu wahren. Die über das Land zerstreuten Demonstranten sehen sich denn auch mit der Aufgabe konfrontiert, ihre Schlagkraft zu stärken, den Druck auf die Regierenden hochzuhalten und auf diese Weise – so die vage Hoffnung – die verkrusteten politischen Strukturen vielleicht doch noch irgendwie aufbrechen zu können, fast zwanzig Jahre nach der diffizilen Konstruktion des Staates im Dayton-Abkommen, das bis heute als Verfassung dient.

Eine Hand – eine Stimme

Zum Zweck dieser Bündelung ist in den vergangenen Wochen in gegen zwanzig Städten und Gemeinden ein Plenum gegründet worden. Den ersten Schritt machten erneut die Bürger von Tuzla. Einer von ihnen ist Edin Osmanbegovic. Der 48-Jährige kämpfte im Bosnienkrieg für sein Land und verlor dabei beide Beine. Von diesem Schicksalsschlag liess er sich aber nicht unterkriegen und brachte es bis zum Professor der Ökonomie an der lokalen Universität. In seiner Heimatstadt geniesst der Veteran, der sich einer ethnischen Kategorisierung verweigert und den multiethnischen Charakter von Tuzla lobt, hohes Ansehen. Einige sehen in ihm gar eine Symbolfigur der Bewegung, und zwar nicht nur in Tuzla, das zu jugoslawischen Zeiten eine stolze und wohlhabende Arbeiterstadt war und heute als Armenhaus des Landes gilt, mit einer Arbeitslosenquote von gegen 50 Prozent.

Schon zwei Tage nach Beginn der Proteste sei in Tuzla das «Plenum der Bürger des Kantons Tuzla» gegründet worden, blickt Osmanbegovic zurück. Bei der ersten Versammlung im hiesigen Kulturzentrum tauchten 25 Leute auf, beim letzten Treffen über 500. «Eine Hand ist eine Stimme, alle sind willkommen», erklärt der Ökonom. Die Regeln sind einfach: Vor jeder Vollversammlung wird ein Moderator gewählt; wer etwas sagen will, hat zwei Minuten Zeit; und über jedes Thema, das idealerweise mit einer Abstimmung beendet wird, darf nicht länger als dreissig Minuten debattiert werden. Gegründet wurden zudem Arbeitskreise, die spezifische Forderungen an Ministerien formulieren. «Ziel ist es», so Osmanbegovic, «den Anliegen des Volkes eine Form zu geben, zuhanden der Politik.»

Was sind solche Anliegen? Tiefere Löhne für Politiker und Staatsangestellte gehören dazu, ebenso eine generelle Senkung der Staatsausgaben. «Die Politiker führen sich bei uns wie Könige auf, sie werfen wahllos mit Geld um sich», klagt Osmanbegovic. Die in Tuzla im Zug der Proteste zurückgetretene Kantonsregierung soll daher durch ein Expertenteam ersetzt werden. Die Frage, ob aus dem Plenum nun eine Partei entstehen soll, die den Wählern im Oktober bei der Parlamentswahl eine Alternative anbieten wird, verneint Osmanbegovic. Das Plenum werde Plenum bleiben. «Wenn wir uns in eine Partei verwandeln, verlieren wir an Glaubwürdigkeit. Man wird uns dann vorwerfen, nur aus Eigennutz, in der Hoffnung auf eine eigene politische Karriere, an der Bewegung teilgenommen zu haben.»

Noch immer tiefe Risse

Der Widerstand, der vielerorts antikapitalistische Züge trägt und angereichert ist durch ein nicht zu knappes Mass an Jugoslawien-Nostalgie, soll also ausserparlamentarisch bleiben. Katarina Cvikl vom bosnischen Think-Tank Populari spricht von Übungen in direkter Demokratie: «Die Leute treffen sich, debattieren und spüren, dass sie Einfluss nehmen können.» Dass die Versammlungen zudem im Internet übertragen werden, verschafft den Anliegen eine Öffentlichkeit weit über den Plenumsaal hinaus. Wohin die Reise letztlich führt, bleibt unklar. Klar ist laut Cvikl eines: Bosniens Bürgergesellschaft, die, ungeachtet der über 10 000 einheimischen (und von ausländischen Entwicklungsagenturen oft grosszügig finanzierten) Nichtregierungsorganisationen, auf schwachen Beinen stehe, erlebe endlich ein Erwachen.

Wird der Bewegung die Kraft zugetraut, das Land zu einen und – quasi aus der Not heraus – so etwas wie ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, über ethnische Grenzen hinweg zu schaffen? Immerhin präsentiert sich die soziale Lage in den muslimischen, serbischen und kroatischen Landesteilen ja ähnlich katastrophal. Beobachter wie Latal zeigen sich skeptisch: Es sei naiv, zu glauben, jahrzehntealte Gräben würden nun gleichsam zugeschüttet durch die sozioökonomische Misere, die zugegebenermassen alle Regionen verbinde. Bosnien sei administrativ, politisch und kraft seiner Verfassung zu tief gespalten, als dass aus der Protestbewegung eine schlagkräftige politische Kraft entstehen könne. «Meine Hoffnung gilt daher nicht raschen Umbrüchen, sondern dem in Gang gesetzten Prozess.»

i Ernüchterung über die internationalen Helfer

tf. · Vertreter von internationalen Organisationen stehen sich in Bosnien-Herzegowina oft gegenseitig auf den Füssen. In schicken Hotels, mit farbigen Powerpoint-Präsentationen und in modischem Vokabular wird wortreich über «conflict management» und «capacity building» im bosnischen Vielvölkerstaat referiert. Latent eigen sind diesen Seminaren und Konferenzen, deren Schlussberichte allzu oft ungelesen in Schubladen ausländischer Botschaften verschwinden, nicht nur ein naiver Machbarkeitsglaube, sondern bisweilen auch ein schlecht kaschierter Dünkel gegenüber dem Westbalkan im Allgemeinen und Bosnien im Speziellen. Es wundert wenig, dass viele Bosnier, die sich mitunter als Labormäuse fühlen, auf die Akteure dieses «Development-Set» schlecht zu sprechen sind. Er habe seinen Glauben an die «Internationalen» längst verloren, sagt Edin Osmanbegovic, der in Tuzla zu den führenden Köpfen der Protestbewegung gehört. Ein schlechtes Zeugnis erhält von ihm vorab das Büro des Hohen Repräsentanten (OHR), das von Valentin Inzko geführt wird. Dieser sei zwar mit umfassenden Kompetenzen ausgerüstet, beobachte aber seit Jahren passiv, wie nationalistische Kräfte das Land dominierten. Auch die Politologin Katarina Cvikić übt Kritik an Inzko. Zwar setzten noch immer viele Bosnier grosse Hoffnungen in den Hohen Repräsentanten. Tatsächlich nutze der österreichische Diplomat seine Vollmachten aber kaum noch und liefere den lokalen Politikern auf diese Weise eine bequeme Ausrede für den politischen Stillstand im Land. Dem Fazit von Cvikić schliessen sich dieser Tage daher viele Bosnier an: «Entweder nutzt der OHR seine Vollmachten, oder er verlässt besser das Land.»

MEHR ZUM THEMA

Ernüchterung über die internationalen Helfer

2. März 2014, 08:00

Ein eingefrorener Konflikt Kalter Frieden in Bosnien

15. Februar 2014, 01:00

Abflachung der Protestwelle Aufgestauter Frust in Bosnien

10. Februar 2014, 01:00

Heftige Proteste in Bosnien Wut auf die politische Klasse über die ethnische Grenze hinweg

8. Februar 2014, 01:00

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.